

Das Weltklimaabkommen von Paris – wie weiter?

von Sven Braden, stellvertretender Geschäftsführer der LIFE Klimastiftung Liechtenstein

Das Paris Abkommen kann ohne Frage als Durchbruch in der internationalen Klimaschutzpolitik bezeichnet werden. Erstmals haben sich alle Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention zu langfristigem Klimaschutz verpflichtet. Dadurch konnte vor allem die statische Trennung von Industriestaaten und Entwicklungsländern, welche bislang die Klimakonferenzen der vergangenen Jahre am Erfolg hinderte, überwunden werden. Diese Überwindung war aus Sicht der („alten“) Industriestaaten zwingend erforderlich, da sich seit Abschluss der Klimarahmenkonvention 1992 Staaten wie Brasilien, China und Indien zu den grössten Emittenten von Treibhausgasen entwickelt hatten. Ein Abkommen ohne Klimaschutzverpflichtung dieser Länder wäre nicht erfolgsversprechend gewesen. Darüber hinaus hat sich auch das Leistungsvermögen einzelner Staaten wie etwa Singapur oder Katar grundlegend geändert. Dieser Aspekt ist bedeutend, wenn es um die langfristige Gestaltung der Klimafinanzierung für die am verwundbarsten Staaten der Erde geht. Auch hier hat das Abkommen eine neue Richtung aufgezeigt („a new collective goal“), welche eine Anpassung an die volkswirtschaftlichen Realitäten von heute erlauben.

Gegenüber dem Kyoto Protokoll von 1997 stellt das Paris Abkommen ein Paradigmenwechsel dar. Das neue Abkommen kombiniert national festgelegte Klimabeiträge mit einem international geltenden Regelwerk. Letzteres beinhaltet wichtige Prinzipien – wie etwa Steigerung der Klimaschutzambitionen, Überprüfungspflichten und das Verschlechterungsverbot.

Damit das Abkommen, welches ab dem Jahr 2020 gelten soll, von allen Staaten erfolgreich umgesetzt werden kann, muss in den nächsten Jahren viel getan werden. So müssen einheitlichen Regeln zur Berichterstattung und internationalen Überprüfung der nationalen Treibhausgasmengen ausgearbeitet und beschlossen werden. Diese Regeln sind zentral,

damit die regelmässig national festzulegenden Klimaziele aller Staaten auf ihre Realisierung hin überprüft werden können. Erst diese Regeln zusammen mit den jeweiligen nationalfestgelegten Klimazielen werden in der Gesamtschau zeigen, ob das Paris Abkommen seine Vertragsstaaten auf den Weg in eine fossilfreie Zukunft bringen kann.

In diesem Zusammenhang wird die Rolle der Zivilgesellschaft sowie jener von nichtstaatlichen Institutionen an Bedeutung gewinnen (müssen). Denn das in Paris etablierte System, wonach die Klimaschutzbemühungen der Staaten national erarbeitet werden, bedingt einen nachhaltigen „Druck“ auf die Regierungen der Vertragsstaaten. Nur wenn es gelingt, sämtliche Bereiche von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik dauerhaft und nachhaltig auf den Pfad einer fossilfreien Welt zu bringen, kann das nun vereinbarte kollektive Ziel, die globale Temperaturerhöhung nach Möglichkeit auf 1,5° C zu begrenzen, realisiert werden.

Paris hat hierfür die Weichen gestellt!

Hinsichtlich der Anzahl der Konferenzteilnehmer erreichte die Konferenz von Paris neue Sphären. Die Konferenz in Paris verbuchte insgesamt rund 30'400 Teilnehmer (*gegenüber 11'000 Teilnehmer 2014 in Lima*), davon 19'200 (*2014: 6'300*) Staatsdelegierte, 6'300 (*2014: 4'000*) Vertreter von UN Behörden und Nichtregierungsorganisationen (inkl. Wirtschafts- und Industrievertretern) sowie 2800 (*2014: 900*) Medienvertreter. Auch das Aufkommen von 150 Staates- und Regierungschefs zum Auftakt der Konferenz dürfte als historisch einmalig zu bezeichnen sein.